

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Erscheint
wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1.60 M., frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Wort und Bild“.
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 M.
Telegraphische Adressen: Zeitung. Fernsprecher 27



Anzeigen
werden die sechsgepaltene 3 mm hohe (Netto-)Zeile oder deren Raum mit 15 Pf. berechnet; auswärts 20 Pf. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Kellern sollen pro Zeile 40 Pf. Verbindlichkeit für Platz, Datumsvermerk und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen an Postkonten Frankfurt a. Main Nr. 20771.
Annahmestelle für Offerten und Anzeigen beträgt 15 Pf. Zeitungsbeilagen werden billigt berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg

Nr. 25.

Samstag, den 27. Februar 1927.

20. Jahrgang.

Du achte, was der Achtung wert,
Nicht, was durchs Neuzere blendet
Weil täglich die Erfahrung lehrt
Daß sich der Glückstern wendet.

Von Woche zu Woche.

Randbemerkungen zur Zeitgeschichte.

Reichstag und Länderparlamente sind mit der Beratung des neuen Haushaltsplans in Anspruch genommen. Ausschüsse und Klement arbeiten angestrengt, um eine rechtzeitige Verabschiedung des Etats zum 1. April, dem Beginn des neuen Haushaltsjahres, zu ermöglichen. Im Zusammenhang mit den Etatsberatungen spielt auch der Streit um die Gesamtbelastung Deutschlands durch den Dawesplan und die Zahlungsfähigkeit Deutschlands eine große Rolle.

Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Joersch wies in einer Unterredung mit einem französischen Journalisten nachdrücklich darauf hin, daß eine Revision des Dawesplanes gar nicht zu umgehen sei, und der Demokrat Dr. Dernburg legte dar, daß die Gesamtbelastung Deutschlands durch die normalen Daweszahlungen nicht 5 Prozent, sondern mindestens 25 Prozent ausmache. Dann darf auch nicht verkannt werden, daß der Dawesplan gar nicht als etwas Endgültiges gedacht ist! Er wurde nur als ein Versuch aufgefaßt und soll nach den praktischen Erfahrungen, die dabei erzielt werden, umgestaltet werden. Dazu wird bald Gelegenheit sein. Innerpolitisch bemerkenswert ist noch der Abschluß des Kampfes um die Biersteuer-Verordnung in Preußen, die unbeeinträchtigt in Kraft gesetzt wird, und der von der Reichsregierung dem Reichsrat vorgelegte Entwurf einer Verordnung, durch die die Mieten am 1. April und 1. Oktober um je 10 Prozent gesenkt werden.

Ende der Woche wurde Reichstagspräsident Löbe von einer schweren Erkrankung befallen, die schließlich zu einer Operation führte. Es handelt sich um ältere Verwundungen, die dem Reichstagspräsidenten schon länger zu schaffen machten, und um eine frische, schwere Entzündung des Blinddarms mit eitrigen Belägen. Es war auch schon eine Durchbruchsstelle vorhanden. Die Operation dauerte dreiviertel Stunde und nahm einen guten Verlauf. Direkte Lebensgefahr besteht nicht, doch lassen die Ärzte keinen Zweifel darüber, daß der Zustand des erkrankten Reichstagspräsidenten ernst ist. Löbe steht im 52. Lebensjahre und erfreut sich wegen seiner sachlichen und ruhigen Geschäftsführung allseitiger Beliebtheit.

Draußen in der Welt ging es wieder recht lebendig zu. Die von America vorgeschlagene Seeabstimmungskonferenz ist von Frankreich und Italien offiziell abgelehnt, von Japan angenommen worden. Im übrigen weiß Amerika aber auch den Wert einer starken militärisch gesicherten Verteidigungsstellung zu schätzen. Es erstrebt jetzt offen die Schutzherrschaft über Nicaragua. Der zu diesem Zweck geplante Vertrag hat großes Aufsehen erregt, da er einen weiteren Schritt auf dem Wege zur Aufrichtung einer Vormachtstellung Washingtons in Mittelamerika darstellt. England steht diesen Ereignissen mißtrauisch gegenüber, fürchtet wohl auch neue Unruhen und hat deshalb einen Kreuzer zum Schutz britischer Staatsangehöriger nach Nicaragua entsandt. Ein Schritt, der in Amerika zum Teil ruhig, zum Teil aber auch mit Befremden aufgenommen wurde.

Auch sonst hat England Grund zur Sorge. Die Protokolle an Moskau offenbaren eine starke Spannung zwischen England und Rußland. Deutscherseits kann man das nur bedauern. Die Verschärfung des englisch-russischen Gegensatzes hindert England an der Einlösung der Locarnoverpflichtungen! Chamberlain beschließt sich jetzt nicht so sehr mit der Rheinlandrückbesitzung, wohl aber mit der Feststellung einer europäischen Einheitsfront gegen Rußland. Das hat bereits zu einer gewissen Annäherung an Polen geführt, auf die England jetzt mehr Rücksicht nimmt als gut ist. Das kommt auch darin zum Ausdruck, daß England sich um einen Ausgleich zwischen Polen und Litauen bemüht und Gerüchte bereits von einer dicht bevorstehenden Einigung zwischen Warschau und Romo über Wien wissen wollen.

In China hat die Kantonomie das Heer des Gouverneurs von Shanghai, des Generals Sun

tschuanfang, völlig vernichtet. Sun's Truppen scheiden als Kampferband aus. Sie rauben und plündern und flüchteten vor den nachrückenden Kantontuppen. Die Kantonomie steht jetzt dicht vor Shanghai. Dort ist es bereits zu neueren Gefechten gekommen, die mit einem Sieg der Kantontuppen geendet haben, die den Fünfhundert an der Eisenbahnlinie Shanghai-Dantau, eingenommen haben. Alle Anzeichen weisen darauf hin, daß bei Suntschuanfang eine entscheidende Schlacht im Gange ist. In Nanking soll gegenwärtig ein großer Kriegsrat der Kantonomieführer stattfinden.
Um Shanghai zu halten, marschiert von Norden Tschangtschun heran. Er geriet mit Wu-Pei-Ku in ein Gefecht, das zu seinen Gunsten verlief. Näher an Shanghai herankommend ist General Chang Sun-shang, ein früherer Banditenführer, der Nanking besetzt hat. In Shanghai ist der Generalstreik zu Ende. Ebenso sind die Massenhirrichtungen eingestellt worden. Die weitere Entwicklung hängt von der Entscheidung der Waffen ab, die bald erfolgen wird.



Der frühere badische Staatspräsident Hellbach,
der jetzt als Professor an der Heidelberger Universität tätig ist und am 26. Februar seinen 50. Geburtstag feierte. Weiteren Kreisen wurde der Jubilar besonders durch seine 1925 erfolgte Auffstellung als demokratischer Präsidentschaftskandidat bekannt.

Um das neue Reichsschulgesetz.

Ein Beschluß des evangelischen Kirchenrats.

Der Kirchenrat der evangelischen Kirche, das Organ der obersten Kirchenleitung, hat auf seiner in Berlin abgehaltenen Tagung zu der bevorstehenden Neuordnung der Beziehungen zwischen Kirche und Schule Stellung genommen und eine Entschliessung gefaßt, in der es u. a. heißt:

Der Kirchenrat wünscht die Abordnung von Vertretern beim evangelischen Kirchenrat und bei den Konsistorien, wobei die Religionslehrer und ihre hindualen Fachvertreter in einem ihrer Bedeutung entsprechenden Verhältnis berücksichtigt werden sollen. Für die Arbeit dieser Beiräte, denen die Förderung der religiösen Unterweisung der Jugend in Kirche und Schule obliegt, soll maßgebend sein, daß die Kirche in dem staatlichen Charakter der Schule die den deutschen Verhältnissen entsprechende Regelform, in der Aufhebung der früheren „geistlichen Schulaufsicht“ eine folgerichtige Entwicklungsstufe im Werden der deutschen Schule erblickt. Eine Verbindung der Schule mit der Kirche ist gefordert durch Artikel 149 der Reichsverfassung, wonach der Religionsunterricht in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaft zu erteilen ist.

Die Gewähr für diese Uebereinstimmung ist vor allem in inneren Bürgschaften zu suchen. Die notwendigen äußeren Bürgschaften für die Kirche sind zu sehen in der Zustimmung bei Aufstellung der Lehrpläne und bei Genehmigung der Lehrbücher für den Religionsunterricht, in der Mitwirkung bei der Prüfung der Religionslehrer und bei der Berufung der Religionsdozenten an den pädagogischen Akademien, in dem Recht der Kirche zur Einsichtnahme in den Religionsunterricht, das die Provinzialunterrichtsbeiräte durch den Staat zu benennende Schulmänner — unbeschadet des Besuchsrechtes des Generalsuperintendenten — wahrnehmen sollen.

Schutztruppe für die Saarbahnen.

Der Bericht der Saarkommission.
Die Regierungskommission für das Saargebiet hat dem Völkerbundsrat Vorschläge unterbreitet, die auf die Zurücknahme der Saartruppen abzielen. Die jetzt vom Völkerbund vorgenommene Veröffentlichung des Berichtes der Saarkommission bestätigt die bisher gemachten Angaben in vollem Umfang. Die Regierungskommission glaubt auf den Schutz der Saarbahnen nicht verzichten zu können. Der von den

französischen Truppen gewährte Schutz könne jedoch durch andere Maßnahmen entbehrlich gemacht werden. Die Kommission macht dazu folgende Vorschläge:

Beibehaltung der bereits bestehenden Eisenbahnschutzkommission, die in enger Verbindung mit den Rheinlandbehörden des besetzten Rheinlandes die Militäraufsicht über das Transportwesen aufrechterhalten soll. Sie hat im Einvernehmen mit der Saarregierung die Transporte zu organisieren und ihre Finanzierung zu erleichtern.

Schaffung einer „Eisenbahnschutztruppe“ von 800 Mann, die international zusammengefaßt sein kann und über die die Regierungskommission mit den Rheinlandbehörden zusammen verfügt. Die Rheinlandkommission soll zur Verfügung der Regierungskommission stehen, sofern diese es als notwendig erachtet, ihre Intervention anzurufen, um den Schutz des saarländischen Bahnnetzes zu sichern. Dadurch werden weitere zwei in Forbach und Saargemünd stationierte Bataillone für den Bahnschutz zur Verfügung gestellt.

Die im Saargebiet stehenden Schutztruppen sollen kaserniert und in den Lokalen untergebracht werden, die der Minenverwaltung Sulzbürg und Neunkirchen unterstehen, so daß keine Einquartierungsschwierigkeiten entstehen. Für den Fall eines Eisenbahnerstreiks wird die Eisenbahnschutzkommission verpflichtet, alles zur Verfügung stehende Personal einzusetzen.

Die Saarkommission glaubt, mit diesen Vorschlägen, die dem Saargebiet keine Kosten verursachen sollen, die Sicherung des Durchgangsbereiches mit dem Bestreben, die Pfaffen der Saarbevölkerung zu vermindern, in Einklang bringen zu können. Die Franzosen haben gegenwärtig 2000 Mann im Saargebiet stehen, die nun durch 800 Mann des Eisenbahnschutzes ersetzt werden sollen! Das ist ein Entgegenkommen, dessen praktische Bedeutung nur gering ist. Es muß deshalb erwartet werden, daß der Völkerbundrat über diese Vorschläge hinausgeht und einen wirklichen Abzug der französischen Truppen veranlaßt.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 26. Februar 1927.

— Der Arbeitsausschuß des Reichswirtschaftsrats hat die Erhöhung der Brennweinsteuer abgelehnt.

— In Berlin sind die Vorkände des Deutschen und Preussischen Städtetages zur Beratung des Finanzausgleichs zusammengetreten.

— Der preussische Innenminister hat den Bezirksleiter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Dr. h. c. Heinrich Meyer, endgültig zum Polizeipräsidenten von Duisburg ernannt.

Ueberschneidung der bayerischen Staatsanleihe.
Die Zeichnung auf die neue sechsprozentige bayerische Staatsanleihe im Gesamtbetrag von 75 Millionen RM. hat einen vollen Erfolg gehabt, sodaß auf die für freie Städte angemeldeten Zeichnungen durchschnittlich nur 65 Prozent des gezeichneten Betrages zugeteilt werden können.

30 Millionen für Reichsbahnarbeiten in Württemberg.
Zwischen Württemberg und der Reichsbahndirektion Stuttgart ist ein Vertrag unterzeichnet worden, durch den der Stadt Württemberg die Reichsbahn-Gesellschaft 30 Millionen zur Erfüllung der württembergischen Wünsche vorstreckt.

Rundschau im Auslande.

— Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes ist in Amsterdam zu einer zweitägigen Konferenz zusammengetreten.

— Der polnische Ministerpräsident Marschall Pilsudski ist leicht an Wundstich erkrankt.

— Das amerikanische Revolutionsansehen hat die Bitte des Präsidenten Coolidge unbeachtet gelassen und die Geldmittel für den Bau dreier leichter Kreuzer bewilligt.

Landwirtschaft.

Schleppende Haushaltsberatung im Landtag.

Berlin, den 24. Februar 1927.

Die Beratungen des Reichstages über den neuen Haushaltsentwurf nehmen längere Zeit in Anspruch, als erwartet worden war. Präsident Dietrich eröffnete die heutige Sitzung mit dem Hinweis, daß der vom Reichsanwalt angelegte Arbeitsplan leider nicht eingehalten werden könne. Danach wird die Abstimmung zum Haushaltsentwurf fortgesetzt. Abg. Heine (Mitt.) fordert Festsitzung und Überwindung der Schwäche. Abg. Dieckhoff (Mitt.) bezeichnet die Haushaltsentwürfe als Minderwert. Abg. Brandenburg (Soz.) schildert die Notlage der Landarbeiter und macht die Gewerbeordnung für die Verantw. verantwortlich.

Abg. Wrede (Dnt.) fordert Senkung der Zinsen. Festsitzung für die Landwirtschaft und Befreiung der hohen Gemeindeforderungen auf der Realsteuer. Abg. Dagemann (Soz.) verlangt eine großzügige Erziehung namentlich im Nordwesten Deutschlands und Ostlandkultivierung.

Landwirtschaftsminister Steiger

gibt hierauf die Erklärung ab, daß die Anleiheausbeute wegen der rechtserheblichen Moore inwieweit gefördert sei, daß alsbald ein Anleihegesetz kommen werde. Im übrigen hätten in diesen Tagen Verhandlungen stattgefunden, um etwa 12 000 Morgen Leckland in Kultur zu bringen.

Ministerialdirektor Articus beendete die Meinungsverschiedenheiten zwischen Reich und Preußen in der Steuerverordnung.

Abg. Dr. Schönan (D. V.) beantragt die Schaffung einer Steuergrenzenkommission und erklärt, der Handelsvertrag mit Polen dürfe nicht auf Kosten der Landwirtschaft geschlossen werden. Zum Schluß weist Minister Dr. Steiger noch auf die Wichtigkeit der Landwirtschaftsreform hin.

Reichstag und Rechtsprechung.

Der Reichsjustizminister gegen Wiederherstellung der Schwurgerichte.

Berlin, den 24. Februar 1927.

Bei der Weiterberatung des Justizgesetzes nimmt heute als erster Redner Reichsjustizminister Dietrich das Wort, um auf die Wünsche der Parteien vom Vortage zu erwidern. Der Minister dankt zunächst dem Abg. Dr. Kahl für die Glückwünsche aus Anlaß des 50-jährigen Jubiläums des Reichsjustizministeriums und bezeichnet es als seine vornehmste Aufgabe, für die Wiederherstellung der deutschen Justizhoheit im besetzten Gebiet einzutreten.

Die von den Kommunisten beantragte Anhebung für die wegen Verbreitung Verurteilten lehnt der Minister ab, da die verhängten Strafen zum größten Teil an der unteren Grenze des Strafmaßes bleiben und Gnadenerweise in weitem Umfang ergehen sind. Den sozialdemokratischen Antrag, das Reichsgericht von allen Sachen erster Instanz (Vorgericht) zu entlasten, lehnt der Minister ab, weil das die Rechts einheitlichkeit fördern und einengen würde. Auch die Wiederherstellung der Schwurgerichte bezieht er auf alle Länder mit Ausnahme Hamburgs halten sich für das erweiterte Schöffengericht ausgesprochen. Auch Preußen berichte, daß heftigste Klagen darüber von fernster Seite unterbreitet worden seien. Die übrigen Anträge bittet der Redner zurückzuziehen bis zur Strafrechtsreform.

Abg. Brodau (Dem.) erklärt, die Vertrauensstrie der Justiz könne man nicht mit einer Handbewegung abtun, denn das Vertrauen aller Republikaner in die Rechtsprechung sei nicht etwa künstlich in das Volk hineingetragen worden. Der Redner führt zum Beweise dafür eine Reihe von Urteilen an. Auch die Staatsanwaltschaft erhebe Anklage immer nur gegen das Reichsbanner, nie gegen den Stahlhelm, selbst wenn nachweislich die ersten Tätschlichkeiten von den Hakenkreuzern ausgegangen seien. Bezeichnet sei es, daß Marx sogar erklärt habe, er sehe von Anträgen auf Straferleichterung gegen seine Weidinger ab, nachdem er so schlechte Erfahrungen mit der Justiz gemacht habe.

Abg. Hampe (D. Han.) fordert mit dem Bayerischen Bauernbund die Wiederherstellung der Schöffengerichte an Stelle der Einzelrichter, er lehnt jedoch die vom Bayerischen Bauernbund verlangte Wiedereinführung der Schwurgerichte ab. Die Kostenveranschlagung müsse beizutreten werden. Die Rechtsanwaltsgebührenermäßigung sei zu weit gegangen. Die Justizhoheit des Reiches lehnt der Redner ab.

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Freitag. Zum Schluß wünscht Vizepräsident Esser unter dem Beifall des Hauses dem schwer erkrankten Präsidenten Löbe baldige Genesung.

Der Jürgens-Prozess.

150 Seiten Anklageschrift: Kreditbetrug, 113 Zeugen.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts III Berlin hat am Donnerstag der auf 14 Tage berechnete Prozess gegen den Landgerichtsdirektor Dr. Bernhard Jürgens und seine Ehefrau Marie, geb. Dehler, verwitwete Angler, begonnen. Die 150 Seiten umfassende Anklageschrift lautet auf Meineid, Hehleri, Verleumdung, Kreditbetrug und zahlreiche Fälle des Kreditbetruges. Der Prozess steht nicht nur in der Geschichte des Moabiters Kriminalgerichts, sondern überhaupt in der deutschen Justiz bisher einzig da.

Als im Februar 1926 Landgerichtsdirektor Jürgens nebst Gattin in seiner Charlottenburger Wohnung verhaftet wurde, wirkte diese Nachricht mehr als sensationell. Die Richterkreise, insbesondere die engeren Berufscollegen vom Landgericht III, in dessen Bezirk Dr. Jürgens zuletzt als Vorsitzender eines großen Schöffengerichts Charlottenburgs wirkte, und auch die breitere Öffentlichkeit forderte verblüfft auf. Hatte Landgerichtsdirektor Dr. Jürgens doch kurz vorher durch ein scharfes Urteil und durch noch schärferen dieses Urteil begründende Worte gegen eine Verleumdung von sich reden gemacht. Man wurde dieser Richter selbst betrügerischer Menschenhaften bezichtigt, ganz abgesehen von dem Meineid, der ihm und seiner Frau später noch zur Last gelegt wurde.

Seit längerer Zeit mußte man bereits in eingeweihten Kreisen, daß das Ehepaar, das von seiner Ueberfiedelung nach Berlin in Stargard, Kassel und Gannover anständig war, finanziell nicht besonders gut stand. Zahlreiche Firmen, darunter auch Banken, hatten Geldforderungen an die Eheleute Jürgens und erstatteten schließlich, nachdem ihnen kein Mittel zivilrechtlicher Natur mehr zur Verfügung war, Strafanzüge wegen Kreditbetrugs. Als im August

1926 Jürgens mit seiner Frau in Stolberg weckte, wo er in einem Vogelhause Vorterrace innehatte, sollte plötzlich in die Wohnung ein Einbruch verübt worden sein, wobei angeblich den Verbrechen Schmuckfachen im Werte von 3500 Mark in die Hände fielen.

Wenig später erkrankte Jürgens in Stargard, wo er damals als Richter tätig war, Ansgie über einen ähnlichen Einbruch, bei dem die Diebe in seiner Wohnung für 5000 Mark Schmuckfachen erbeutet hätten. Zwei Versicherungsgesellschaften erstellten den Schaden. Später ergaben sich aber Verdachtsmomente, daß beide Einbrüche vorgetäuscht worden seien, um in den Besitz der Versicherungssumme zu kommen.

Die Vernehmung der Angeklagten.

Jürgens wie seine Frau bestreiten jede Schuld.

Verleidi eine ganze Zeit vor Beginn der Verhandlung, die die eingangs erwähnten Fälle im Zusammenhang mit einem komplex weiterer Verduldigungen klären soll und zu der nicht weniger als 113 Zeugen vorgeladen wurden, sind auf den Korridoren vor dem Schwurgerichtssaal Polizei- und Gerichtsbeamte postiert. Außerdem ist vor dem Schwurgerichtssaal aus Wänten eine Vernehmung gebildet. Man scheint große Sorge vor Zwischenfällen zu haben, die von kommunistischer Seite erwartet werden.

Den beiden Angeklagten sieht man die Folgen der einjährigen Untersuchungshaft sehr deutlich an. Namentlich Frau Jürgens hat übermäßig stark gelitten. Der Herrmann Jürgens antwortet auf die an ihn gestellten Fragen mit fast überlauter Stimme, aufsehnend und jeden Eindruck der Befangenheit zu nichte zu machen.

Der Angeklagte erklärt, es widerstrebe ihm innerlich auf das Stärkste, zu der Anklage Stellung zu nehmen. Er betone ausdrücklich, daß er sich unschuldig fühle. Auch jede moralische Schuld weise er von sich ab. Er sei das Opfer einer Verleumdung, die auf politische Motive zurückgehe. Es lägen nach seinem Dafürhalten bei der ganzen Sache schwere juristische Fragen vor. In den gleichen Gedankenlagungen bewegen sich die Darlegungen der Ehefrau Jürgens. Auch sie ist einer politischen Hege zum Opfer gefallen.

Nach der Vernehmung der beiden Angeklagten steht

der Erbschaftsfall mit der Schwiegermutter

zur Erörterung, sowie die Erörterung der Meinungsangelegenheit, die sich Frau Jürgens nach dem Tode ihres ersten Mannes angebahnt hat. Bei der Vernehmung dieser Frage ergibt sich, daß der erste Gatte der Angeklagten, ein Offizierfabrikant, seine Frau als Universalerbin eingesetzt hatte. Von der Mutter des Offizierfabrikanten wurden jedoch Forderungen an ihren Sohn im Betrage von 135 000 Mark geltend gemacht, ferner beanpruchte sie den auf sie entfallenden Pflichtteil, den sie etwa mit 50 000 Mark einschätzte. Frau Jürgens fuhr nach Berlin, wo sie ein Patent, dessen Besitzer ihr Mann war, an die Gebrüdergesellschaft um 300 000 Mark verkaufte. Hierbon entfielen auf ihren Teil 150 000 Mark.

Löbes Befund. u. günstig.

Allgemeine Anteilnahme.

Die Blinddarmerkrankung des Reichstagspräsidenten Löbe ist gut verlaufen. Wenn bis Dienstag keine Verschlimmerung eintritt, kann Löbe als gerettet gelten. Besonders merkwürdig ist die Tatsache, daß Löbe an der gleichen Erkrankung wie Reichspräsident Ebert operiert werden mußte und die Operation sogar an dem gleichen Tage erfolgte.

Die Verwundungen stammen schon aus früherer Zeit. Löbe hat also, ohne es zu wissen, schon öfter an Blinddarmerkrankungen gelitten. Da er gleichzeitig auch gallenleidend war, wurden die Beschwerden zunächst immer auf diese Krankheit zurückgeführt. Als vor einigen Tagen die bestimmte Diagnose auf Blinddarmentzündung gestellt wurde, bestand bereits die höchste Gefahr. Es war schon eine Perforation in Größe von etwa drei Stednadelköpfen eingetreten. 24 Stunden später würde ein operativer Eingriff wahrscheinlich gar nicht mehr möglich gewesen sein.

Die allseitige Achtung, der sich der Reichstagspräsident erfreut, kommt in zahlreichen Telegrammen und Anfragen aus dem In- und Ausland zum Ausdruck.

Reichspräsident von Hindenburg

ließ sich durch Staatssekretär Dr. Meißner nach Löbes Befinden erkundigen und ihm die besten Wünsche für die Wiedergenesung aussprechen. Auch der Reichskanzler Dr. Marx, der preussische Ministerpräsident, sämtliche Reichs- und Staatsminister, das gesamte Diplomatische Korps, zahlreiche Politiker, sowie Vertreter von Kunst und Wissenschaft bezeugen ihre Teilnahme an der Erkrankung des Reichstagspräsidenten.

Frau Jürgens verteidigt sich.

Dramatischer Verlauf der weiteren Vernehmungen. — Die Angeklagte weint.

Nachdem am Donnerstag nachmittag im Berliner Jürgens-Prozess die Verhandlung vorzeitig abgebrochen werden mußte, da Frau Jürgens wegen eines Schwindanfalls nicht mehr in der Lage war, dem Fortgang des Prozesses zu folgen, gestatteten sich am Freitag die Verhandlungen zum Teil recht dramatisch, da Frau Jürgens wegen starker Nervosität nur begrenzt vernehmungsfähig war.

Vorläufig sieht das Gericht von der Weitererörterung des Erbschaftsfall mit der Schwiegermutter ab und tritt zunächst in die Besprechung der von der Anklage vorgebrachten Kreditbetrugsfälle ein.

Zunächst laßt Frau Jürgens klarzumachen, weshalb zu Obeketen ihres ersten Mannes größere Schulden vorhanden gewesen seien. Bei ihren Ausführungen hierüber wird die Anklage überaus

erregt und weint. Als sie sich entgermogen wieder beruhigt hat, erklärt sie: Ich muß den Namen meines ersten Mannes schämen, ebenso wie ich meinen jetzigen Mann schämen werde bis zum letzten Atemzug. Denn er ist ein Ehrenmann, der seine Pflicht getan hat bis zu seiner Verhaftung. Wie Sie in der abschließlichen Weise angegriffen und als Verbrecher hingestellt worden. Dagegen muß ich mich wehren.

Auf die Frage des Vorsitzenden, wie es kam, daß sie damals in nicht zu langer Zeit 60 000 Mark verbraucht habe, erwidert Frau Jürgens: Es haben sich nach dem Tode meines Mannes an mich gewandt, die meine jetzigen Schulden bezahlt haben wollten. Ich habe ihnen alles mögliche gegeben, um an anderen Verlangen man, daß ich Spielschulden meines Mannes begleichen sollte. Ich war immer zu gutmütig. Ich habe nie etwas Schulden gemacht, um an anderen Betrag zu begehren. Man hätte uns eben Zeit lassen müssen, um alles begleichen zu können. Ich habe stolzen Hauptes hier vor Gericht, denn wir sind keine Verbrecher und ich hoffe, daß der Prozess wider unsere Ehre herstellend wird. Die Behauptung, mein in Stargard gestohener Schmuck sei nicht gewesen, widerspricht den Tatsachen. Allein meine Verleumdung hatte 30 000 Mark Wert. Die Schmuckfachen seien in der Tat von Einbrechern gestohlen worden. — Die Sitzung abermals verlag.

Aus der Einzelvernehmung ergibt sich dann der Eindruck, daß Frau Jürgens ziemlich laulustig war. Bei der Bezahlung der Schulden ergaben sich dem vielfach nicht geringe Schwierigkeiten. Auf die erneute Frage des Vorsitzenden, wo sie das ganze Geld gelassen habe, erklärt die Angeklagte, sie habe immer das Bedürfnis gehabt, zu geben und zu schenken. Schließlich bricht Frau Jürgens schluchzend und halb ohnmächtig zusammen, jedoch die Weiterverhandlung auf Sonnabend vertagt werden mußte.

Überaus dramatisch hatte sich die Verhandlung diesmal auch für den angeklagten Landgerichtsdirektor gestaltet, der keine Haftentlassung gefordert hatte und dabei mit solcher Erregung sprach, daß er schließlich ebenfalls weinend zusammenbrach.

Schanghai von Schantungstruppen besetzt.

Rückziehen zum Endkampf.

Wie gemeldet wird, haben etwa 30 000 von General Zhangfangshang geführte Schantungstruppen die Schanghai-Chinesen besetzt. Die bisherige Besetzung aus Truppen des Generals Sunshichuan ist abmarschiert. Schanghai würde damit zur Einflusszone Zhangfangshangs gehören, dessen Vertreter erklären, zunächst an der Südküste nicht angreifen zu wollen. Schanghai solle aber gegen Kanton verteidigt werden. Zhangfangshang hat deshalb auch schon Seestreitkräfte nach Schanghai beordert.

Die Spannung in der Fremdenstadt ist auf höchste gestiegen. Mit Rücksicht auf die stets wachsende Zahl der an der Grenze der internationalen Konzeption ankommenden chinesischen Soldaten haben alle verfügbaren britischen Streitkräfte

die äußere Verteidigungslinie besetzt.

Nach einer amtlichen Mitteilung befinden sich an englischen Schiffen in den chinesischen Gewässern 12 Kreuzer, 1 Flugzeugmutterschiff, 9 Zerstörer, 12 Unterseeboote und eine Anzahl Kanonenboote und andere Fahrzeuge. Die außerhalb der Konzeption wohnenden Fremden sind aufgefordert worden, sich jeden Augenblick zur Konzentration in der Niederlassung bereit zu halten.

Schlusssdienst.

Hindenburgs Weidung zum Tode Joepens.

Berlin, 26. Februar. Reichspräsident von Hindenburg und Reichswehrminister Dr. Gessler haben ihr Weidung zum Tode des letzten katholischen Feldprophe des alten Heeres, Armeekorpschef Dr. Joepens in Köln bei Krefeld, durch Telegramme zum Ausdruck gebracht.

Veränderungen im Reichsinnenministerium.

Berlin, 26. Februar. Reichsinnenminister v. Reubell hat den Regierungsrat Wallraf, den Sohn des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten und ehemaligen Staatssekretärs, als persönlichen Referent in sein Ministerium berufen. Regierungsrat Wallraf war bisher Mitglied der Reichsregierung in München. Ministerialdirektor Bellenger soll zum Ministerialdirektor des Reichsinnenministeriums bestellt werden. Der sozialdemokratische Staatssekretär Schütz dürfte zurücktreten.

Dem Hecker verfallen.

Leipzig, 26. Februar. Nach vierstägiger Verhandlung beurteilte das Schwurgericht den Schlosser Friedrich Franz Hahn aus Liebertwolkwitz wegen Ermordung seiner dritten Frau zum Tode und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

Abgabe Spaniens an die Weltwirtschaftskongress.

Genf, 26. Februar. Der Generalsekretär des Völkerbundes hat eine offizielle Mitteilung aus Madrid erhalten, in der die spanische Regierung die Einladung zur Teilnahme an der am 4. Mai in Genf beginnenden Weltwirtschaftskongress ablehnt.

Frankreich lehnt Spaniens Forderung ab.

Paris, 26. Februar. Die französische Regierung hat Spanien eine Note überreicht, in der eine Ausübung der spanischen Zone in Tanger abgelehnt wird. Eine internationale Vereinbarung könne nicht durch zwei Mächte abgeändert werden. Es wäre vielleicht möglich, Spanien einige Zugeständnisse zu machen, aber die Voraussetzungen dafür seien andere, weniger weitgehende Vorschläge der spanischen Regierung. Erst wenn diese Vorschläge vorliegen, könne die Verhandlung beginnen.

Aus der Heimat

Spangenberg, den 26. Februar 1927.

Ablauf wichtiger Fristen bei der Lohnsteuer.
Das Reichsfinanzministerium weist auf Folgendes hin: Arbeitnehmer, die wegen Verdienstaufschlags oder wegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse einen Antrag auf Erstattung der Lohnsteuer stellen können, müssen dies bis zum 31. März 1927 bei dem Finanzamt, in dessen Bezirk sie am 31. Dezember 1926 ihren Wohnsitz gehabt haben, tun. Fristversäumnis hat Ablehnung des Erstattungsantrages zur Folge. Die Einzelheiten ergeben sich aus einem Merkblatt, das ebenso wie Vordrucke zu Erstattungsanträgen, die auf Verdienstaufschlag gestützt werden, bei den Finanzämtern unentgeltlich erhältlich ist.

Kreisrealschule. Wie uns von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, darf jetzt mit einiger Sicherheit damit gerechnet werden, daß bereits zu Ostern d. Js. der Ausbau der Kreis-Realschule zu einer Vollanstalt in Angriff genommen werden kann. Wenn auch die grundsätzliche Zustimmung des Kultus-Ministeriums zum Ausbau der Schule in ein Real-Preparandum jetzt noch nicht ausgesprochen werden dürfte, so wird aller Voraussicht nach das Provinzial-Schulkollegium und die beteiligten Ministerien sich doch damit einverstanden erklären, daß die jetzige Untersekunda bereits von Ostern ab als Obersekunda weiter geführt wird.

Der Herr Regierungs-Vizepräsident Dr. Lehmann von der Regierung in Kassel besuchte am Donnerstag Melsungen. Nach einem kurzen Rundgang im Schloß und durch den Schlossgarten führen die Herrschaften im Kraftwagen in Begleitung des Landrats weiter nach Spangenberg, um in Ebersdorf das vor dem Kreis erworbene Gut zu besichtigen, welches in ein Alters- und Fürsorgeheim umgewandelt werden soll. Der in mancher Beziehung neue und für eine gesunde Weiterentwicklung der sozialen Fürsorge im Kreise außerordentlich bedeutungsvolle Plan erregte das größte Interesse bei dem Herrn Regierungs-Vizepräsidenten. — Bei dieser Gelegenheit kann mitgeteilt werden, daß die vorbereitenden Arbeiten in Ebersdorf weiter gut vorwärtschreiten. Die Verpachtungen der Ländereien an kleine landbuchende Besitzer sind inzwischen erfolgt. Die erzielten Pachtpreise entsprechen den Erwartungen der Kreisverwaltung und erscheinen für die Pächter durchaus tragbar. Der für die eigene Bewirtschaftung des Kreises verbleibende Rest der Ländereien in einer Größe von beinahe 80 Acker dürfte einen Ertrag abwerfen, der für die Versorgung des Altersheimes ausreichend ist.

Kino. Die Kino-Direktion hat für Sonntag ein glänzendes Doppelprogramm gewonnen. „Der Letzte der Mohikaner“, nach dem berühmten Roman Lederstrumpf, von James C. Cooper in 6 Akten und „Das ABC der Liebe“, eine Komödie in 5 Akten, wird jeden Besucher voll und ganz befriedigen. In beiden Filmen spielt Mac Murray in der Hauptrolle, die den Kinobesuchern gewiß nicht ganz unbekannt sein dürfte, zumal sie in den letzten Jahren auf dem Gebiete der Filmkunst großes geleistet hat. Auch der verdächtigste Kinobesucher wird bei diesem glänzenden Programm zu seinem Rechte kommen und wir können einen Besuch der Spangenberg Lichtspiele nur empfehlen. — Nachmittags 4 Uhr findet eine Kinderdarstellung statt.

Die Wetterlage. Der Frankfurter Wetterdienst meldet: Die Niederschläge im Westen werden an den nächsten Tagen etwas stärkeren Einfluß auf die Witterung unseres Gebietes erlangen als bisher. Die Temperaturen steigen infolge der damit zusammenhängenden Westwindstimmung an. Regenschauer treten auf.

Kassel. In einem hiesigen Gasthaus stieg vorgestern ein elegantes Paar ab, besaßen abends einen Maskenball und bat die Bedienung, am Morgen nicht zu früh geweckt zu werden. Als am andern Tage keine Antwort erfolgte, wurde die Kriminalpolizei gerufen und man fand das Paar tot im Bett vor. Der Mann hatte zunächst seine Begleiterin und dann sich selbst durch Kopfschüsse getötet. Das Gesicht des Mannes, der einen schweren Todesstampf hinter sich hat, war fürchtbar entstellt. Die Regel hatte ihm u. a. den Unterkiefer getrennt. Auf dem Tisch fanden sich verschiedene Briefe, so an die Frau des Mannes, eines Fabrikanten aus einer Stadt im Merratal, an die Eltern des Mädchens in Frankfurt am Main und an die Kriminalpolizei. Ferner war die Hotelrechnung beglichen und mit reichlichem Bedienungsgeld versehen, wie überhaupt noch größere Geldbestände vorhanden waren. Der 47 Jahre alte Mann hatte sich hier in Kassel mit seiner 25 Jahre alten Freundin getroffen. Die Untersuchung über den tragischen Vorgang ist noch im Gange.

— Ein junges Brautpaar von 20 und 18 Jahren begab sich gestern abend zu einem Tanzvergnügen und nahm den gemeinsamen Freund mit. Während des Tanzes entstand zwischen dem Mädchen eine Meinungsverschiedenheit und der „Bräutigam“ ging an die Herausgabe, um seinen Kerger herunterzuprüfen. Dabei fertigte er einen Betrug aus, wonach er seinem Freund seine Braut für

drei Mark verkaufte. Der Raubbetrag wurde sofort ausgezahlt und... gemeinsam verrückt. Nach dem „Vertrag“ darf der Bräutigam nur noch einmal mit seiner Braut ausgehen...!

Wingen. Der aus dem benachbarten Dorfe Wingen stammende Albert Walbrud, der 1915 in russische Gefangenschaft geraten war, ist jetzt zu seinen Eltern zurückgekehrt. Da er seit 1918 nichts von sich hören ließ, war er für tot erklärt worden und seine Frau hatte sich inzwischen wieder verheiratet.

Gann, Wünnen. Der Vorstand der Fischereigenossenschaft Wünnen hielt hier eine Sitzung ab. Es wurde unter anderem beschlossen, zur Hebung der Fischzucht in diesen Frühjahr 50000 Stück Aalbrut und zum Herbst bis zu 5000 Stück Hechtfislinge einzusetzen.

Aus Stadt und Land.

Kassensraub auf einem Berliner Bahnhof. In Berlin schlug ein junger Mensch auf dem Potsdamer Fernbahnhof an einem Fahrkartenschalter die Scheibe ein und raubte den gesamten Geldebetrag, der hinter dem Schalter lag. Es handelt sich um ungefähr 2000 Mark. Der Räuber ist unerkannt entkommen.

Die von der Außerzucht. Unter den europäischsten Städten wird Berlin mit am meisten von Geschlechtskrankheiten heimgeheuchelt. Man schätzt ihre Zahl in der Reichshauptstadt auf ungefähr 800. Die beliebtesten Arbeitsnächte dieser Verbrecherpezies sind die Nächte zum Freitag (Sonntag) und die Nächte zum Mittwoch (Tag der Gehaltszahlung). Obwohl das Berliner Deputat für Geschlechtskrankheiten mit einem Kommissar und acht Beamten besetzt ist, hat sich in der neueren Zeit gerade die Arbeit dieses Dezernats so beträchtlich gehäuft, daß die Unsumme der Arbeit weit über den Rahmen der eigentlichen Dienststunden hinausgreift. Die meisten der Geschlechtskrankheiten pflegen sich von Zeit zu Zeit immer wieder im Empfangsalon dieses Dezernats einzufinden, da eben auch die gewieftesten von ihnen häufig wieder kleine Fehler begehen, die ihnen dann zum Verräter werden. Erst recht natürlich bei den heute so ungeheuer vorgefertigten Hilfsmitteln des Erkennungsdienstes.

Drei Todesopfer eines Automobils. Auf der Chaussee, etwa zwei Meilen von Jossen entfernt, ereignete sich ein schweres Automobilschicksal, das drei Todesopfer forderte. Der Besitzer des verunglückten Autos, der Kaufmann Rogge aus Jossen, hatte mit dem Dentisten Schenke und dem Kaufmann Loosje eine Fahrt in die Umgegend unternommen. Vermutlich infolge Platzens eines Reifens geriet der Wagen auf dem Glacis der Landstraße ins Schleudern und sämtliche Insassen wurden mit voller Wucht herausgeschleudert. Bevor noch Hilfe gebracht werden konnte, waren die drei verunglückten Automobilisten gestorben.

Rolle Aufklärung des Eberswälder Aufsehersmordes. Den Bemühungen des Berliner Kriminalkommissars Trettin ist es in enger Zusammenarbeit mit der Eberswälder Kriminalpolizei gelungen, bereits innerhalb weniger Tage den an dem Eberswälder Bierwälder Wessell verübten Mord restlos aufzuklären. Als der Tat verdächtig war der erwerbslose Arbeiter Koepke aus Holzow bei Angermünde verhaftet worden. Koepke, der verheiratet und Vater zweier Kinder ist, wurde durch das Ergebnis einer bei ihm vorgenommenen Hausdurchsuchung — man hatte in einem sehr geschickt angelegten Versteck einen Karabiner und eine belgische Militärrevolver nebst dazu gehöriger Munition gefunden — vollständig erschüttert und mußte unter der Wucht des Tatfadenmaterials schließlich ein umfassendes Geständnis ablegen. Das Verbrechen ist als vorsätzlicher Raubmord anzusehen. Die Beweiskette wurde hauptsächlich dadurch geschlossen, daß man bei Koepke die besaglichen Kriegskugeln fand, die vollkommen mit der Kugel übereinstimmten, mit der Wessell getötet wurde.

Zurück starke Raubentwertung erstickt. In Altschulendorf in der Neumark hatte eine Arbeiterfrau Holz zum Erhitzen hinter den Ofen gelegt. In Abwesenheit der Eltern hatte sich das Holz entzündet. Bei der Heimkehr fand die Mutter ihr einjähriges Töchterchen erstickt auf.

Selbstmord eines Expresiers. In Stralsund verübte ein 24 Jahre alter Gärtner Selbstmord. Der Mann hatte vorher wiederholt versucht, unter Drohungen von einer Gütsbeizlerin 5000 Mark zu erpressen.

Zwischen den Russern. Auf dem Bremer Hauptbahnhof geriet ein Oberkassierer bei der Füllung der Heizungsrohre zwischen die Puffer zweier Dampfwagen, die durch die Anknüpfung anderer Wagen in Bewegung kamen. Der Kassierer wurde zwischen den Puffern totgequetscht.

Heberfall im Veronesenzug. Ein Schuhmacher aus Düsseldorf wurde bei Großbaum im Abteil eines Veronesenzuges überfallen und seines Bargeldes sowie seines Koffers beraubt. Der Heberfall, der bei dem Heberfall auch Verletzungen davontrug, mußte dem Duisburger Krankenhaus zugeführt werden.

Aus Furcht vor schlechter Zensur in den Tod. Der 16jährige Sohn eines Korrektors aus Enger, der in Herford (Westf.) die höhere Schule besuchte, machte in seinem Leben durch Erschießen ein Ende, weil er glaubte, zu Ostern nicht bestanden zu werden. Der junge Mann war erst kürzlich von einer schweren Krankheit genesen.

Schwerverbrecher überfallen einen Pfarrer. Wie aus Soest (Westfalen) berichtet wird, drangen in Biederich mehrere Einbrecher in das Pfarramt ein. Der 64 Jahre alte Pfarrer, der sie dabei überfallen wurde durch einen Schuß am Kopf schwer verletzt.

Eingefandt.

Für diese Kupit übernimmt die Redaktion nur die preßgesetzliche Verantwortung.

Spangenberg. In einem Kasseler Blatt vom 24. Februar wurde die hiesige Geistlichkeit mit einem Vorkommnis gelegentlich eines Fastnachtsobergnügens der hiesigen Kasirogesellschaft am 13. Februar in Verbindung gebracht und die Behauptung aufgestellt, daß Sie an dieser Festlichkeit teilgenommen haben. Wir erklären hiermit öffentlich, daß das Blatt das Opfer einer wahrheitswidrigen Berichterstattung geworden ist, da keiner unserer beiden Herrn Pfarrer sich an der Veranstaltung beteiligt hat. Dieselben haben vielmehr erst am 22. Februar von dem Vorkommnis Kenntnis erhalten.

Wir dürfen wohl annehmen, daß das Kasseler Blatt alsbald um der Wahrheit und Gerechtigkeit willen, seine falsche Meldung berichtigen wird, halten es aber für unsere Pflicht, auch an dieser Stelle den völlig unberechtigten Angriff auf unsere beiden Herrn Pfarrer abzuweisen und ausdrücklich zu erklären, daß dieselben unser aller Vertrauen besitzen.

Der Kirchenvorstand:
Siebert, Engert, Stückradt, Sommerlade
Siebert und Hüther

Mit bestem Fleischertrakt

und seinen Gemüleauszügen sind
MAGGI' Fleischbrühwürfel
auf das sorgfältigste hergestellt.
Man achte auf den Namen **MAGGI**
und die gelb-rote Packung

Der Kreis Ausschuß

in Melsungen erteilt für die Pachtgebote auf Wiesen und Ackerpachtungen der Zuschlag. Schriftliche Mitteilung wird jedem einzelnen Pächter demnächst zugestellt.

Der Kreis Ausschuß.

Die Erhebung des Stromgeldes für den Monat Februar 1927 findet Dienstag, den 1. und Mittwoch, den 2. ds. Mts. von 8—12 Uhr vormittags statt.

Nachmittags ist die Stadtkasse geschlossen; Abfertigungen finden daher nicht statt.

Spangenberg, den 25. Februar 1927.

Die Stromkassa.

Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer für 1926 u. 1925/26.

Die Beteiligten werden hierdurch auf die Bekanntmachung des Finanzamts 23. 3. 27 (Melsunger Tageblatt Nr. 45 vom 23. 2. 27) hingewiesen. Niernach sind die Steuererklärungen für die Einkommen-, Körperschafts- u. Umsatzsteuern in der Zeit vom 1. bis 15. 3. 27 unter Benutzung der vorgeschriebenen Vordrucke abzugeben. Die Erklärung ist auch eingereicht, wenn den Steuerpflichtigen ein Vordruck nicht zugeht. Vordrucke können während der Erklärungsfrist bei dem Finanzamt in Empfang genommen werden.

Spangenberg, den 24. 2. 27.

Der Bürgermeister, Schier.

Offene Verkaufsstellen.

§ 9 der Verordnung vom 18. 3. 10 (RSBl. Seite 315), der sich heute noch in Geltung befindet und nur von den Werttagen handelt, lautet u. a.:

„Von sieben Uhr abends bis sieben Uhr morgens müssen offene Verkaufsstellen mit Ausnahme der Apotheken für den geschäftlichen Verkehr geschlossen sein. Die beim Lebensmittelschon anwesenden Kunden dürfen noch bedient werden.“

Nach sieben Uhr abends, jedoch bis spätestens neun Uhr, dürfen Verkaufsstellen an jährlich höchsten zwanzig von der Ortspolizeibehörde zu bestimmenden Tagen für den geschäftlichen Verkehr geöffnet sein. Vor sieben Uhr, jedoch nicht vor fünf Uhr morgens, dürfen Lebensmittelgeschäfte nach näherer Bestimmung der Ortspolizeibehörde geöffnet sein.

Die Ortspolizeibehörden haben vor der Genehmigung der Ausnahmen die Auektion des zuständigen Aufsichtsbeamten einzuholen.“ Anträge sind hier zu stellen.

Spangenberg, den 24. 2. 1927.

Die Polizeiverwaltung, Schier.

Inserieren bringt Gewinn!



für Wollwäsche!

Waschen Sie Ihre farbigen Wollsaaten in einfacher kalter Lauge. Persil sichert sorgsamste Säuberung.

